

# U i D

Nummer 37  
17. November 2005  
[www.cdu.de](http://www.cdu.de)

D O K U M E N T A T I O N

## Die „Handschrift“ der Union in den Koalitions- vereinbarungen

Eine Dokumentation der  
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Berlin,  
15. November  
2005

Koalitionsvereinbarungen zwischen verschiedenen Parteien sind immer Kompromisse zwischen unterschiedlichen politischen Parteien und unterschiedlichen politischen Konzepten. In einer solchen Vereinbarung müssen alle beteiligten Parteien sich und ihre politischen Ziele wieder finden. Aus Sicht von CDU und CSU ist dies bei den Vereinbarungen zur Bildung einer Großen Koalition gelungen. Die Handschrift der Union ist in den Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und SPD deutlich zu erkennen.

## Für die Union ist besonders wichtig:

- (1) **Wir wollen Vorfahrt für Arbeit und Beschäftigung.** Die Große Koalition hat deshalb den Abbau der Arbeitslosigkeit zur zentralen Verpflichtung erklärt. Deshalb haben wir vereinbart, die Lohnzusatzkosten zu senken, den Kündigungsschutz flexibler zu gestalten, Mittelstand und Existenzgründer besser zu fördern und überflüssige Bürokratie abzubauen. Privathaushalte werden als Arbeitgeber anerkannt.
- (2) **Wir wollen die öffentlichen Haushalte sanieren.** Es muss Schluss sein mit der Verlagerung von Schulden auf kommende Generationen und der Zerstörung der Zukunft unseres Landes. Deshalb haben wir vereinbart, entschlossen zu sparen und mutig Subventionen abzubauen. Allerdings ist ohne eine Erhöhung von Steuern die für unser Land wichtige Konsolidierung nicht zu schaffen.
- (3) **Wir wollen, dass die Menschen sich verlassen können auf die Systeme der sozialen Sicherheit.** Diese sind vor allem gefährdet durch die hohe Arbeitslosigkeit und einen tief greifenden Wandel im Altersaufbau unserer Gesellschaft. Deshalb haben wir vereinbart, auch in Zukunft für alle stabile soziale Sicherheit zu bieten. Dazu weiten wir die Zeiten der Beitragszahlung in der Alterssicherung aus, schaffen mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen und führen in der Pflegeversicherung kapitalgedeckte Elemente ein. Wir schaffen damit den Einstieg in eine zukunftsfeste Form der Vorsorge.
- (4) **Wir wollen, dass die Familie die wichtigste Form des Zusammenlebens bleibt. Wir machen Schluss damit, dass die Familie relativiert wird.** Deshalb haben wir vereinbart, die Kinderbetreuung auszubauen, die Kinderzulage zu erhöhen, ein Elterngeld einzuführen und Kinderbetreuungskosten bei der Einkommensteuer vom ersten Euro an zu berücksichtigen. Wir werden auch die Situation bei Spätabtreibungen verbessern.
- (5) **Wir wollen, dass der weitere Aufbau Ost voran kommt.** Wir haben deshalb vereinbart, dass die zugesagten Mittel des Solidarpaktes II in voller Höhe zur Verfügung stehen und die neuen Länder mehr Möglichkeiten erhalten, ihre Probleme durch Abweichungen vom Bundesrecht zu lösen.
- (6) **Wir wollen eine handlungsfähige Europäische Union.** Wir haben deshalb vereinbart, dass Deutschland die Ratspräsidentschaft 2007 nutzt, neue An-



stöße zu geben für mehr Demokratie und weniger Bürokratie in Europa. In den Verhandlungen mit der Türkei gibt es keinen Automatismus. Klar ist, dass die Türkei alle Bedingungen strikt erfüllen und die Europäische Union aufnahmefähig sein muss.

## Die Handschrift der Union findet sich in vielen Punkten der Koalitionsvereinbarungen:

### 1. Vorfahrt für mehr Arbeit

Hauptziel der Großen Koalition ist die Wiederbelebung der Wachstumskräfte in Deutschland und damit ein deutlicher Abbau der viel zu hohen Arbeitslosigkeit. Die Unionsparteien haben ihre seit langem erhobene Forderung durchgesetzt, dass alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf den Prüfstand gestellt werden. Was sich als wirksam erweist, wird fortgesetzt; was unwirksam und ineffizient ist, wird abgeschafft. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird grundlegend neu ausgerichtet.

Folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt konnten durch die Union im Koalitionsvertrag verankert werden:

- Zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung werden wir in den nächsten vier Jahren 25 Mrd. Euro einsetzen.
- Die hohe Belastung der Arbeit durch Lohnzusatzkosten stellt eine entscheidende Barriere für mehr Beschäftigung dar. Die Große Koalition wird daher den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zum 1.1.2007 um 2 Prozentpunkte von 6,5 auf 4,5 reduzieren. Damit steht der Erhöhung der Mehrwertsteuer eine Entlastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gegenüber.
- CDU und CSU konnten einen Einstieg in eine stärkere Flexibilisierung des Kündigungsschutzes durchsetzen. Wir wollen, dass wieder mehr Menschen Arbeit finden. Künftig kann bei Neueinstellungen eine Wartezeit von bis zu 24 Monaten beim Kündigungsschutz vereinbart werden. Diese Regelung schafft eine für Arbeitnehmer und Arbeitgeber verlässliche Vertragsgrundlage und verringert deutlich das Arbeitsprozessrisiko des Arbeitgebers.
- Die Umsetzung der Hartz-IV-Reform wird schnell und grundlegend überarbeitet. Wir werden Missbrauch entschlossen bekämpfen und bessere Anreize zur Arbeitsaufnahme setzen.
- Die Einführung eines Kombi-Lohn-Modells wird geprüft, das die Aufnahme einfacher Arbeiten durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistung lohnend macht.
- Der gegenwärtige Existenzgründungszuschuss („Ich-AG“) wird durch ein neues Instrument der Förderung von Existenzgründungen ersetzt. Die Zahl der Personal-Service-Agenturen wird deutlich reduziert. Nur dort, wo sie erfolgreich arbeiten, sollen sie mit Mitteln der Bundesagentur fortgesetzt werden.
- Deutschlands Stärke liegt in der Produktion technologisch anspruchsvoller Produkte. So wird es auch dem Arbeitsmarkt in Deutschland zugute kommen, dass die Union ihre Forderung durchsetzen kann.



te, die Mittel für Forschung und Entwicklung bis zum Jahr 2010 auf einen Anteil von mindestens 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ansteigen zu lassen.

## 2. Förderung von Mittelstand und Existenzgründern

Der Förderung des Mittelstandes kommt nach Überzeugung der Union besondere Bedeutung zu, weil der Mittelstand rund 70 Prozent der Arbeitsplätze stellt. Die Union hat in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Vorschläge entwickelt, wie Mittelstand und Existenzgründer besser gefördert werden können. Viele dieser Vorschläge sind jetzt in die Koalitionsvereinbarungen aufgenommen worden:

Die Bundesregierung wird eine Mittelstandsoffensive auf den Weg bringen:

- Um die Unternehmensnachfolge zu erleichtern und zu sichern, wird die Erbschaft- und Schenkungsteuer bei Übernahme eines Betriebes mit jedem Jahr der Betriebsfortführung um 1/10 reduziert und nach Ablauf von 10 Jahren vollständig erlassen. Dies stellt sicher, dass kleine und mittlere Unternehmen nicht mehr Opfer bei einer Vererbung werden.
- Um die Investitionstätigkeit zu erleichtern werden wir die Abschreibungsmöglichkeiten verbessern, indem wir zu den günstigen Abschreibungsbedingungen vor dem Jahr 2000 zurückkehren.
- Im Jahr 2008 führen wir ein neues Unternehmenssteuerrecht ein, mit dem wir Kapital- und Personengesellschaften weitgehend gleichstellen werden.
- Zur Verbesserung der Liquidität von kleinen und mittleren Unternehmen in den neuen Ländern wird die Umsatzgrenze für die Ist-Besteuerung bei 500.000 Euro beibehalten und in den übrigen Ländern auf 250.000 Euro verdoppelt. Für Existenzgründer wird die Buchführungsgrenze von 350.000 auf 500.000 Euro heraufgesetzt.
- Wir werden Unternehmen von bürokratischen Auflagen befreien. Existenzgründer werden von Statistik- und Buchführungspflichten befreit.
- Wir werden die Bedingungen für die Finanzierung der Unternehmen verbessern, z.B. bei Wagniskapital und der Kreditprüfung.

## 3. Solide öffentliche Kassen – Beitrag zur Generationengerechtigkeit

Es ist der Union gelungen, die Koalitionspartner zu einer ehrlichen Bilanzierung der Staatsfinanzen zu verpflichten, um so einen grundlegenden Neuanfang in der Haushalts- und Finanzpolitik zu ermöglichen. Angesichts einer strukturellen Unterdeckung der laufenden Ausgaben im Bundeshaushalt in Höhe von 64 Mrd. Euro in 2006 sind erhebliche Konsolidierungsanstrengungen unausweichlich geworden. Unser Ziel ist es, eine ehrliche, und nachhaltige Haushaltspolitik zu gestalten, die uns selbst und unseren Kindern und Enkeln wieder Chancen auf eine gute Zukunft sichert, die dem Staat seine Handlungsfähigkeit zurück gibt und die Raum für Zukunftsinvestitionen schafft.

- Wir werden 2007 durch eine Haushaltskonsolidierung von 35 Mrd. Euro einen



verfassungsgemäßen Bundeshaushalt vorlegen und auch das Defizitkriterium des Europäischen Stabilitätspaktes wieder einhalten. Der Europäische Stabilitätspakt von Maastricht ist wesentlich das Ergebnis der Union. 2006 ist dies ohne die Gefährdung der wirtschaftliche Erholung nicht möglich.

- Wir werden zum 1.1.2007 die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte auf 19 Prozent erhöhen. Ein Teil des Mehraufkommens aus der Mehrwertsteuer wird – wie im Regierungsprogramm der Union angekündigt – zur Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung eingesetzt. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent bleibt bestehen.
- Wir setzen auf die Solidarität der Spitzenverdiener in Deutschland. Deshalb wird der Spitzensteuersatz von heute 42 auf 45 Prozent erhöht. Wir haben aber dafür gesorgt, dass die gewerblichen Einkünfte der mittelständischen Unternehmen verschont bleiben, um den Aufschwung zu sichern.

#### 4. Weniger Vorschriften, mehr Freiheit: Bürokratieabbau

Deregulierung, Aufgabenabbau und die Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten sind unverzichtbare Bausteine, damit sich unternehmerisches Handeln entfalten kann, Arbeitsplätze neu entstehen und Deutschland als Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb attraktiver wird. In der Regierungszeit von Rot-Grün sind alleine auf Bundesebene 1.000 Gesetze und Verordnungen zusätzlich geschaffen worden. Die Union hat zahlreiche Forde-

rungen zum Bürokratieabbau in den Koalitionsvereinbarungen festschreiben können:

- Die neue Bundesregierung wird als Sofortmaßnahme durch ein Artikelgesetz Unternehmen von besonders wachstumshemmenden Überregulierungen befreien und insbesondere dem Mittelstand und den Existenzgründern bürokratische Lasten abnehmen. Vordringlich sind aus Sicht der Union der Abbau von Statistik-, Nachweis-, Dokumentations- und Buchführungspflichten.
- Durch ein Planungsbeschleunigungsgesetz wird die neue Bundesregierung die Voraussetzung schaffen für eine bundesweit einheitliche Straffung, Vereinfachung und Verkürzung der Planungsprozesse.

#### 5. Die neuen Länder voranbringen

Die Aussagen der Koalitionsvereinbarungen, die sich auf den Aufbau Ost beziehen, sind weitestgehend eine 1:1-Umsetzung der entsprechenden Passage des Regierungsprogramms von CDU und CSU zur Bundestagswahl 2005. Die Union hält Wort:

- Die Große Koalition bekennt sich zur Einhaltung der Mittelzusagen des Bundes im Rahmen des Solidarpaktes II.
- Die neue Bundesregierung wird sich in den Verhandlungen über den Finanzrahmen 2007 bis 2013 besonders für die Interessen der neuen Länder einsetzen. Die EU-Strukturfondsmittel sollen deshalb ihren Schwerpunkt wie bisher vor allem in den ostdeutschen Höchstfördergebieten (bisherige Ziel-1-Gebiete) haben.



- Ostdeutschlands „Zukunft liegt vor allem in der Hochtechnologie“, heißt es im Wahlprogramm der Union. Die neue Bundesregierung setzt diese Zielstellung um und wird Maßnahmen ergreifen zur Stärkung der industriellen Forschungsleistung, der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft sowie der Förderung innovativer Unternehmen.
- Die neuen Länder werden Möglichkeiten erhalten, zur Planungsbeschleunigung und zur Entbürokratisierung von bundesrechtlichen Vorgaben abweichen zu können, wenn sie dadurch Strukturproblemen besser gerecht werden können.
- Die neue Bundesregierung wird die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit schnellstmöglich abschließen. Sie wird die Verkehrsprojekte des transeuropäischen Netzes vorantreiben und einen Schwerpunkt bei den Planungen setzen, die im Blick auf die Osterweiterung der EU notwendig sind.
- Die Bundesmittel zur Eingliederung von Arbeitslosen in das Erwerbsleben werden im bisherigen Anteil verstetigt. Die aktive Arbeitsmarktförderung durch die Bundesagentur für Arbeit bleibt auch in den kommenden Jahren auf hohem Niveau erhalten.

## 6. Verlässliche soziale Sicherheit

Der tiefgreifende Wandel im Altersaufbau unserer Gesellschaft macht einen Umbau der Systeme der sozialen Sicherung unumgänglich. Die Union hat weitreichende Vorschläge zur Reform von Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung erarbeitet. In die-

sen Feldern liegen die inhaltlichen Positionen der Koalitionspartner CDU/CSU und SPD am weitesten auseinander – in einigen Punkten so weit auseinander, dass ein Kompromiss nicht gefunden werden konnte. Gleichwohl hat die Union eine Reihe für sie wichtiger Projekte für die Regierungsarbeit umsetzen können:

- Es ist unerlässlich, in der Rentenversicherung die Zeiten der Beitragszahlung auszuweiten. Sonst sind die Renten nicht finanzierbar. Im Zeitraum 2012 bis 2035 wird das gesetzliche Renteneintrittsalter schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben.
- Zugleich hat die Union verankert, dass ein Versicherter, der 45 Pflichtbeitragsjahre aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflege erreicht hat, auch künftig mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen kann.
- In der Gesundheitspolitik hat die Union ihre bewährten Grundsätze „Prävention und Rehabilitation haben Vorrang vor Pflegeleistungen“ und „Ambulante Pflege hat Vorrang vor stationärer Pflege“ verankern können.
- Im Gesundheitssystem wird die Effizienz des Systems durch eine stärkere wettbewerbliche Ausrichtung gesteigert und das für die Union nicht verhandelbare Prinzip der freien Arztwahl gesichert.
- Eines der Ergebnisse der Arbeit der sog. Herzog-Kommission der CDU war die Forderung, dass die individuellen Altersrückstellungen der privaten Krankenversicherer bei einem Wechsel des Versicherten zu einer anderen privaten Versi-



cherung übertragbar sein müssen. Der Koalitionsvertrag hat dieses Vorhaben festgeschrieben.

- Ebenfalls in der Herzog-Kommission wurde die Forderung erarbeitet, die Pflegeleistungen zu dynamisieren. Die Koalitionspartner der Großen Koalition haben sich auch diese Forderung zu Eigen gemacht.
- CDU und CSU hatten in ihrem Regierungsprogramm angekündigt, bei der Pflegeversicherung bereits in dieser Legislatur mit der Einführung einer Kapitaldeckung zu beginnen. Die Koalitionsvereinbarungen sehen jetzt vor, dass das Umlageverfahren zur Finanzierung der Pflegeversicherung durch kapitalgedeckte Elemente als Demographiereserve ergänzt wird.
- Der Union ist es in den zurückliegenden Jahren zum dringenden Anliegen geworden, die Situation der Demenzkranken durchgreifend zu verbessern. Die Koalitionsvereinbarung sieht jetzt vor, dass der besondere Hilfe- und Betreuungsbedarf von Demenzkranken im Rahmen der Pflegeversicherung künftig besser berücksichtigt werden soll.

## 7. Zukunft für Familien

Für die Union ist die Familie die wichtigste Form des Zusammenlebens. Die Union fühlt sich dem Schutz von Ehe und Familie in besonderer Weise verpflichtet. Alle großen familienpolitischen Leistungen sind im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von der Union entwickelt und politisch durchgesetzt worden. Auch in

Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte gilt für die Union der Grundsatz: Vorrang für Familien und Kinder!

- Der Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland ist ein wichtiges Anliegen der Union. Dies gilt insbesondere im Blick auf die Betreuung der unter dreijährigen Kinder. Die Union hat durchgesetzt, dass bis zum Jahr 2010 ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen verfügbar ist.
- Es spiegelt die Handschrift der Union, dass verankert ist zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei angeboten werden kann. Ziel muss sein, durch pädagogische Maßnahmen sicherzustellen, dass alle Kinder bei Schuleintritt über die notwendige Schulreife verfügen.
- Auf Vorschlag der Union wurden Modellversuche für die Errichtung und Betreuung von Mehrgenerationenhäuser verankert sowie ein Projekt „Prävention durch Frühförderung“.
- Mit der Einführung eines steuerlichen Grundfreibetrages in Höhe von 8.000 Euro (wie im Regierungsprogramm der Union in Aussicht gestellt) wäre zu erreichen gewesen, dass die Kinderbetreuungskosten ganz oder doch überwiegend bei der Steuer außen vor geblieben wären. Statt dessen – und das ist angesichts der Lage des Bundeshaushaltes ein großer Erfolg der Union – ist jetzt in den Koalitionsvereinbarungen eine Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten bei der Einkommensteuer vom ersten Euro an vorgesehen.



- Die finanzielle Förderung von Familien wird ab 1.1.2008 dadurch verbessert werden, dass die Kinderzulage im Rahmen der Förderung der privaten Altersvorsorge von jetzt 185 Euro auf dann 300 Euro jährlich erhöht wird. Damit finden wir einen Einstieg in den Vorschlag der Union, Zeiten der Kindererziehung bei der Altersvorsorge zu berücksichtigen.
- Es war immer ein wichtiger familienpolitischer Grundsatz der Union, dass Familien nicht alleine deshalb, weil sie die Kosten der Kinderbetreuung nicht aufbringen können, zu Sozialhilfeempfängern werden. Die Große Koalition wird deshalb diesen Grundsatz umsetzen und den Berechtigtenkreis für den Kinderzuschlag ausweiten, um zu erreichen, dass diese Eltern ohne Bezug von ALG II für ihre Kinder sorgen können.
- Es ist vereinbart, dass künftig alle familienpolitischen Leistungen in einer „Familienkasse“ zusammengeführt und gebündelt werden, um mehr Transparenz zu schaffen und eine zielgenauere und damit gerechtere Förderung der Familien zu schaffen. Auch das ist eine Idee der Union.
- Festgelegt ist, dass in der bevorstehenden Legislatur die Situation bei Spätabtreibungen verbessert wird.

## 8. Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur

Die Union hat durchgesetzt, dass die Mittel für Verkehrsinvestitionen erhöht und verstetigt werden.

- Zu dem von der Union entwickelten Konzept zur Finanzierung der Verkehrsinfra-

struktur gehört die Ergänzung öffentlicher Mittel durch private Anleger. Ziel ist, mehr privates Kapital für den Verkehrswegebau zu mobilisieren.

- Die von der unionsgeführten Bundesregierung eingeführten Möglichkeiten, Planungsverfahren in Ostdeutschland zu beschleunigen, haben sich bewährt. Die Union deshalb gefordert, diese guten Erfahrungen für ganz Deutschland nutzbar zu machen. Vereinbart ist, dass ein neues, bundesweites Planungsbeschleunigungsgesetz erarbeitet wird.
- Es wird mindestens eine Transrapid-Strecke verwirklicht. Die Schnellbahnsysteme werden ausgebaut.
- Wir werden den Weg zur Privatisierung der Bahn und der Flugsicherung weiter gehen.

## 9. Nachhaltiger Umweltschutz und wettbewerbsfähiger Energiemix

Beim Umweltschutz setzt die Union auf Kooperation und auf eine Kombination von Eigenverantwortung der Wirtschaft und der Bürger, auf Markt und Wettbewerb. Dieser Grundsatz ist in den Koalitionsvereinbarungen festgeschrieben. Wesentliche Positionen der Union für einen nachhaltigen Umweltschutz konnten in den Koalitionsvereinbarungen verankert werden:

- Das Konzept der Union, für einen breiten Energiemix einzutreten, ist Grundlage der Energie- und Umweltpolitik der Großen Koalition.



- Es gehört zur Handschrift der Union, den Emissionshandel als wichtiges Instrument des Klimaschutzes ökologisch und ökonomisch effizienter zu gestalten.
- Die Union hat ihre Forderung im Koalitionsvertrag verankert, dass das deutsche Umweltrecht vereinfacht und in einem gesonderten Umweltgesetzbuch zusammengefasst wird.
- Die Große Koalition wird die Nachrüstung von Kraftfahrzeugen mit Partikelfiltern – wie von der Union gefordert – aufkommensneutral steuerlich fördern und ab 2008 neue Kraftfahrzeuge ohne diesen Standard mit einem steuerlichen Malus belegen.
- Zu den grundlegenden Ideen der Union gehört die energiesparende Gebäudesanierung. Dafür bilden wir einen besonderen Förderschwerpunkt.
- Die Union hat durchgesetzt, dass repräsentative Naturschutzflächen des Bundes in eine Bundesstiftung eingebracht werden. Auf Drängen der Union ist ein Lärminderungsprogramm vereinbart worden.

## 10. Sicherheit für die Bürger

CDU und CSU haben in ihrer Innenpolitik immer die gesunde Mitte gehalten zwischen falsch verstandener Liberalität und überzogener staatlicher Gängelung. Wichtig war der Union immer der Grundsatz, dass alle vernünftigen Maßnahmen ergriffen werden müssen, damit die Menschen in Deutschland vor Terror, Kriminalität und Vandalismus geschützt sind. In den Koalitionsvereinbarungen hat die

Union im Bereich der Innenpolitik fast alle ihre substantiellen Forderungen für das Regierungshandeln verabreden können:

- Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern werden die rechtlichen Befugnisse für eine effektive gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus erhalten. Dazu wird schnellstmöglich eine Antiterrordatei geschaffen.
- Die Union tritt für den Einsatz der Streitkräfte im Innern zur Abwehr schwerer terroristischer Gefahren ein. In der Koalition ist vereinbart, dass die Frage im Zusammenhang mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes geprüft wird.
- Es werden künftig verstärkt biometrische Verfahren bei der Feststellung von Personenidentitäten eingesetzt.
- Die neue Bundesregierung wird eine Schwachstellenanalyse der rechtlichen Regelungen für den Aufenthalt von Ausländern in Deutschland vornehmen. Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchungen gilt der Frage, ob die Praxis der Visumvergabe den gestiegenen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung trägt. Es wird eine Visa-Warndatei angelegt.
- Die neue Bundesregierung wird geeignete Maßnahmen zur Verhinderung von Zwangsverheiratungen ergreifen.
- Im Strafgesetzbuch wird geregelt, dass für sog. „Kronzeugen“ eine Strafmilderung oder Strafbefreiung möglich wird.



- Die Regelungen für die Erhebung und Speicherung von Telekommunikations- und Verbindungsdaten werden verbessert.
- Die nachträgliche Sicherungsverwahrung soll in besonders schweren Fällen auch bei Straftätern verhängt werden können, die nach Jugendstrafrecht wegen schwerster Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die sexuelle Selbstbestimmung verurteilt wurden.

### 11. Vorsprung durch Innovation – Bildung und Forschung stärken

Als rohstoffarmes Land mit hohen Löhnen ist Deutschland in besonderem Maße darauf angewiesen, innovative Produkte für den Weltmarkt zu entwickeln. Bildung, Ausbildung, Forschung und Wissenschaft sind entscheidend für die Innovationsfähigkeit. Die Union hat durchgesetzt, dass Freiheit und Eigenverantwortung, Qualität und Wettbewerb im Mittelpunkt der künftigen Bildungs- und Forschungspolitik stehen.

- Der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ wird fortentwickelt. In Zukunft wird in bei jeder Aktualisierung und Neuentwicklung von Ausbildungsberufen geprüft, ob eine Stufenausbildung sinnvoll und möglich ist. Dies bietet vor allem praktisch begabten Jugendlichen eine Chance für den Berufseinstieg und ist damit ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.
- Die Union hat durchgesetzt, dass Bildungssparen als neues Instrument zur Finanzierung von Weiterbildung ent-

wickelt und gleichzeitig insolvenzgeschützte Bildungszeitkonten eingerichtet werden.

- Das Leitbild der Hochschulpolitik trägt die Handschrift der Union: Autonomie, Exzellenz, Verantwortung, Freiheit und Wettbewerb bilden künftig die Eckpunkte des Hochschulwesens.
- Deutschlands technologische Leistungsfähigkeit wird maßgeblich vom Mittelstand bestimmt. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Technologiestandortes Deutschland zu sichern, wird der Zugang zu den bestehenden Förderprogrammen für den Mittelstand weiter vereinfacht und transparenter gestaltet. Für Wagniskapital werden international attraktive Bedingungen geschaffen.

### 12. Starkes Deutschland, handlungsfähige Länder

Das föderale System in Deutschland ist im Laufe der Jahrzehnte kompliziert und unübersichtlich geworden. Vielfach sind an die Stelle eigener Gestaltungsrechte der Landesparlamente Zustimmungsrechte der Ministerpräsidenten im Bundesrat getreten. Der hohe Grad an Verflechtung der föderalen Ebenen hemmt Reformen. Verantwortlichkeiten sind für den Bürger oft nicht erkennbar. CDU und CSU haben seit ihrem Entstehen für einen starken und handlungsfähigen Föderalismus in Deutschland gestanden. In den Koalitionsverhandlungen konnten, aufbauend auf die Beratungen der Bundesstaatskommission, wichtige Reformen unserer bundesstaatlichen Ordnung durchgesetzt werden:



- Die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze wird erheblich reduziert. Zustimmungspflichtig im Bundesrat sind künftig solche Bundesgesetze, die für die Länder erhebliche Kostenfolgen begründen. Über das Verwaltungsverfahren und die Organisation der Behörden bestimmen die Länder.
- Der Bund gibt zahlreiche Gesetzgebungs-Kompetenzen an die Länder. Dies gilt z.B. für das Versammlungsrecht, den Ladenschluss, den Strafvollzug und das Gaststättenrecht. Dafür werden im Umweltrecht und bei der Abwehr des internationalen Terrorismus die Kompetenzen des Bundes gestärkt. Die Kommunen werden vor zusätzlichen Kostenlasten geschützt.
- Durch einen „Nationalen Stabilitäts-pakt“ und bei der Vertretung Deutschlands im Rat wird die Handlungsfähigkeit gegenüber der EU gestärkt.
- Die Koalitionsvereinbarung schreibt die alte Unionsforderung fest, unnötige Bürokratie in Europa abzubauen und die europäische Gesetzgebung auf das tatsächlich Notwendige zu beschränken. Einer Aushöhlung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten soll vorgebeugt werden. Die Große Koalition wird europäische Vorgaben nur noch 1:1 umsetzen; dies gilt auch für das so genannte Antidiskriminierungsgesetz.
- Die Große Koalition übernimmt die Forderung der Union, in Europa eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung und eine Annäherung der Mindeststeuersätze zu erreichen. Ziel ist es, einen unfairen Steuerwettbewerb in Europa zu verhindern.
- Die Große Koalition übernimmt die Forderung der Union, dass in Europa faire Wettbewerbsbedingungen eingehalten werden müssen, damit es nicht zu sozialen Verwerfungen z.B. durch Lohndumping oder illegale Beschäftigung kommt.

### 13. Neues Vertrauen in Europa

Die Union will eine Europapolitik umsetzen, die verloren gegangenes Vertrauen in die europäische Friedens- und Integrationspolitik zurückgewinnt und die die Unterstützung der Menschen findet.

- Die Union hat ihre Position durchgesetzt, dass Europäische Einigung und transatlantische Partnerschaft keine Gegensätze, sondern Eckpfeiler deutscher Außenpolitik sind.
- Die Union hat durchgesetzt, dass die Große Koalition zum Europäischen Verfassungsvertrag steht. Die deutsche Präsidentschaft wird 2007 neue Anstöße geben.
- Mit der Union wird es im Zuge der Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union keinen Automatismus mit dem Ergebnis eines unausweichlichen Beitritts geben. CDU und CSU haben durchgesetzt, dass Deutschland die Position vertritt, dass ergebnisoffene Verhandlungen mit der Türkei geführt werden, deren Ausgang nicht garantiert ist. Sollte die Türkei nicht aufgenommen werden können, wird ihr privilegiertes Verhältnis zur Europäischen Union weiter entwickelt.



Den vollständigen Text des  
Koalitionsvertrags finden Sie  
unter [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

